



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 3 (Lindenthal)	21.04.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
07.04.2008 betr. RTL-Gelände in Köln-Junkersdorf (Einleitung eines Mediationsverfahrens)**

Text des Antrages:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Mediationsverfahren für das ehemalige RTL-Gelände in Köln-Junkersdorf einzuleiten.

Begründung:

Im Zusammenhang mit den Beratungen des städtebaulichen Planungskonzepts für das RTL-Gelände an der Aachener Straße in Köln-Junkersdorf befürchten sowohl die betroffenen Anlieger als auch die Interessengemeinschaften und Bürgervereine eine konfliktbeladene Blockade des weiteren Entscheidungsprozesses. In ähnlichen Fällen – auch und zunehmend im kommunalen Bereich – werden Mediationsverfahren eingesetzt mit dem Ziel, die Konfliktparteien unter Anleitung einer/eines oder mehrerer Mediatorinnen/Mediators zu einer sachgerechten Kommunikation zu führen. Sie sollen selbständig und eigenverantwortlich mit diesem Konflikt umgehen und gemeinsam eine von allen akzeptierte Lösung erarbeiten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Erfahrungen mit Mediations- und Moderationsverfahren im Rahmen von anderen Bauleitplanverfahren in Köln haben gezeigt, dass

- vor Eintritt in ein derartiges Verfahren eine sehr eingehende Konfliktanalyse erfolgen muss, innerhalb derer
 - der Kreis der Konfliktparteien abschließend zu bestimmen ist und
 - die Mediationsfähigkeit und -bereitschaft der Konfliktparteien zu ermitteln und zu beurteilen ist;

- diese Konfliktanalysen als eigenständiger Auftrag von Externen durchzuführen und mit einer Verfahrensempfehlung (erfolgversprechend oder nicht erfolgversprechend) abzuschließen ist, um interessengebundene Analyseergebnisse zu vermeiden;
- dass den Empfehlungen der Analyse gefolgt wird und die Mediation bei Aussichtslosigkeit nicht durchgeführt wird;
- Konfliktanalyse und Mediation grundsätzlich nicht in einer Hand liegen dürfen;
- eine Mediation nur begonnen werden darf, wenn der Mediator von allen akzeptiert wird. Die Konfliktparteien sind ggf. auch an der Auswahl zu beteiligen;
- zu Beginn von allen Beteiligten verbindlich erklärt, dass Ergebnisse der Mediation auch weiterverfolgt bzw. umgesetzt werden;
- die Konfliktparteien auch ein Scheitern der Mediation von vorne herein als ein denkbares Ergebnis akzeptieren und ein Abbruch jederzeit ohne einseitige Schuldzuweisungen oder Imageverluste möglich sein muss;
- es sichergestellt sein muss, dass die Bezirksvertretung und die Entscheidungsgremien des Rates das Mediationsergebnis mittragen und
- die beteiligten Gruppierungen der Bürgerschaft ein Mandat für die Mediation haben.

Die Verwaltung hat nach dem Verlauf und dem Ergebnis der bisher zur Planung für das RTL-Gelände erfolgten Beteiligungsverfahren erhebliche Zweifel, ob die erforderliche Ergebnisoffenheit bei allen Beteiligten vorhanden ist und das Verfahren zu konstruktiven und nachhaltig beständigen Ergebnissen führt.

Die Verwaltung wird einen Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal dem Stadtentwicklungsausschuss zur abschließenden Entscheidung vorlegen. Sollte der Ausschuss dem Beschluss folgen und die Verwaltung mit der Durchführung des Mediationsverfahrens beauftragen, sind für die Konfliktanalyse und die eigentliche Mediation die notwendigen Angebote einzuholen und die Vergabeverfahren durchzuführen. Die Konfliktanalysen können frühestens Ende 2008 beauftragt und das eigentliche Mediationsverfahren frühestens im zweiten Quartal 2009 begonnen werden.